



Niederschrift

18-017. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 15.03.2019, 08:30 Uhr bis 11:10 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft
- Feststellung des Jahresabschlusses 2017
Vorlage: 18-1163
- Punkt 2 Änderung des Gesellschaftsvertrags der Überwaldbahn
gGmbH
Vorlage: 18-1210
- Punkt 3 Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 18-1180
- Punkt 4 Bauaufsichtsgebührensatzung
Vorlage: 18-1187
- Punkt 5 Satzung des Landkreises Bergstraße über die Erhebung
von Kosten für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der
Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung);
hier: Zweite Änderungssatzung
Vorlage: 18-1185
- Punkt 6 Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem
Landesaufnahmegesetz (LAG);
hier: Erste Änderungssatzung
Vorlage: 18-1203
- Punkt 7 Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von
Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungs-
satzung)
Vorlage: 18-1194
- Punkt 8 Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises
Bergstraße im Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 18-1205
- Punkt 9 Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr
2019
Vorlage: 18-1201
- Punkt 10 Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm
Vorlage: 18-1202

- Punkt 11 Aufhebung eines Sperrvermerks in Höhe von 50.000 € beim Produkt 5051 im Haushaltsplan 2019
Vorlage: 18-1212
- Punkt 12 Teilnahme am Entschuldungsprogramm Hessenkasse
Vorlage: 18-0790/3
- Punkt 13 Sale-and-lease-back; Rückabwicklung der 2. Tranche
Vorlage: 18-1196
- Punkt 14 Schadensfall "ehemalige Lighthouse-Immobilie"
- Information über den aktuellen Sachstand gemäß Beschluss des Kreistages vom 10.09.2018
- Punkt 15 Tätigkeit des Ausschusses als Akteneinsichtsausschuss zur Kontrolle und Klärung der Vorgänge betreffend Planung und Bau der Beobachtungsplattform Ost der Weschnitzinsel bei Lorsch gemäß Beschluss des Kreistags vom 10.09.2018
- Punkt 16 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Roeder, Oliver CDU

Ausschussmitglieder:

Kunkel, Joachim CDU
Müller, Anja CDU (bis zw. TOP 11 anwesend)
Schneider, Gottfried CDU in Vertretung für Kempf, Bastian
Roeder, Oliver CDU siehe auch Ausschussvorsitzender
Herbert, Gerhard SPD
Kaltwasser, Jürgen SPD
Klingler, Jens SPD (bis TOP 13 anwesend)
Ruoff, Jochen GRÜNE
Sürmann, Frank FDP
Krause, Reinhard AfD
Lindner, Myriam FREIE WÄHLER

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Dr. Schwarz, Bruno DIE LINKE. in Vertretung für Henrich, Christiane

Fraktionsvorsitzende:

Fiedler, Josef SPD
Hörst, Christopher FDP (bis zw. TOP 11 anwesend)

Kreisausschuss:

Engelhardt, Christian Landrat (bis TOP 11 anwesend)
Stolz, Diana Erste Kreisbeigeordnete
Krug, Karsten hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Gäste (zu TOP 11 anwesend):

Petri, Doreen Neue Wohnraumhilfe Darmstadt gGmbH
Andiel, Michèle Neue Wohnraumhilfe Darmstadt gGmbH

Verwaltung:

Lannert, Mathias Abt. Controlling, Projektmanagement und Grundsatz
Futterer, Melanie Abt. Controlling, Projektmanagement und Grundsatz (bis
TOP 5 anwesend)

Behrendt, Katharina FB Rechtsamt
Vettel, Christian Revisionsamt
Knauf, Alexander Revisionsamt (bis TOP 9 anwesend)
Dr. Bunsch, Johannes Abt. Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
Medert, Martin Abt. Finanz- und Rechnungswesen
Hohmann, Dieter Abt. Finanz- und Rechnungswesen
Bach, Torsten Abt. Soziales (bis TOP 11 anwesend)
Kaldschmidt, Andreas EB Schule und Gebäudewirtschaft
(zu TOP 1 anwesend)

Klaißle, Agnes Studierende im FB Kreisgremien

Schriftführerin:

Schüßler, Helene FB Kreisgremien

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kreistagsabgeordneter Roeder, eröffnete um 08:30 Uhr die 18-017. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben. Mit Rücksicht auf Anschlusstermine des Landrats wurde die Behandlung der Punkte 2, 3 und 8 der mit der Einladung versandten Tagesordnung vorgezogen. Hiergegen gab es keine Einwendungen.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: **Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft**
 - Feststellung des Jahresabschlusses 2017
 Vorlage: 18-1163

Frau Kreistagsabgeordnete Lindner hatte Fragen zur Berücksichtigung nicht zahlungswirksamer Erträge/Auflösung von Sonderposten im Jahresabschluss 2017 sowie zur fehlenden Erwähnung der Baukostenteuerung als Risiko im Lagebericht.

Herr Kaldschmidt sagte die Nachreichung von Erläuterungen zu den nicht zahlungswirksamen Erträgen/Auflösung von Sonderposten im Rahmen der Niederschrift sowie eine mögliche Ergänzung des Risikos der Baukostenteuerung in künftigen Lageberichten zu.

(Nachfolgend die nachzureichenden Erläuterungen zu den nicht zahlungswirksamen Erträgen/Auflösung von Sonderposten:

Zu den nicht zahlungswirksamen Erträgen gehören u.a.:

- Entnahme aus Rücklagen
- Minderung des Gewinnvortrages
- Zuschreibungen
- Auflösung von Wertberichtigungen
- Minderung der Sonderposten mit Rücklageanteil
- Auflösung von Rückstellungen
- Bestandserhöhungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
- Aktivierte Eigenleistungen
- Periodenfremde und außerordentliche Erträge

In der Gewinn- und Verlustrechnung für 2017 sind unter Position 4. Sonstige betriebliche Erträge über insgesamt 7.477.431,35 € aufgeführt, davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 6.337.163,38 € - siehe Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung auf Seite 11 der Anlage 3 zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses.)

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stellt gemäß § 27 Abs. 3 i. V. m. den §§ 5 Nr. 11 und 30 EigBGes den der Vorlage 18-1163 als Anlage beigefügten Jahresabschluss mit Lagebericht 2017 für den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft fest."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 2: Änderung des Gesellschaftsvertrags der Überwaldbahn gGmbH
Vorlage: 18-1210**

Herr Landrat Engelhardt erläuterte die Gründe für die Änderung des Gesellschaftsvertrags der Überwaldbahn gGmbH und die Erhöhung der maximalen jährlichen Nachschusspflicht der Gesellschafter.

An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Frau Lindner, Herr Sürmann, Herr Hörst und Herr Ruoff. Herr Sürmann plädierte dafür, einen privaten Betreiber für die Draisinenbahn zu suchen; Herr Hörst kündigte hierzu die Einbringung eines Ergänzungsantrags der FDP-Fraktion in der Kreistagssitzung an.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Unter dem Vorbehalt der Zustimmung der weiteren Gesellschafter Wald-Michelbach, Mörlenbach und Abtsteinach soll der Gesellschaftsvertrag der Überwaldbahn gGmbH in § 4 Abs. 3 Satz 2 wie folgt geändert werden.

'Die maximale jährliche Nachschusspflicht wird auf insgesamt 400 T€ begrenzt, d.h. für den Kreis Bergstraße auf 200 T€, für die Gemeinde Wald-Michelbach 108 T€, für die Gemeinde Mörlenbach 74 T€ und für die Gemeinde Abtsteinach 18 T€.'

Abstimmungsergebnis:

9 Jastimmen,1 Neinstimme,1 Stimmenthaltung.

Punkt 3: Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2017 **Vorlage: 18-1180**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 18-1180 und dem Beteiligungsbericht Kenntnis genommen.

Die zeitnahe Vorlage des Beteiligungsberichts wurde im Ausschuss einvernehmlich gelobt.

Punkt 4: Bauaufsichtsgebührensatzung **Vorlage: 18-1187**

Auf Frage aus dem Ausschuss nach der Möglichkeit, als Voraussetzung für die Erteilung einer Baugenehmigung die Zahlung der Gebühr in der Satzung festzulegen, sagte Herr Landrat Engelhardt zu, diese Möglichkeit prüfen zu lassen.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag erlässt die der Vorlage 18-1187 beiliegende Satzung über die Erhebung von Bauaufsichtsgebühren; gleichzeitig tritt die bisherige Bauaufsichtsgebührensatzung in der Fassung vom 17.12.2001, geändert am 16.12.2002 außer Kraft."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 5: **Satzung des Landkreises Bergstraße über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung);
hier: Beschlussfassung der zweiten Änderungssatzung
Vorlage: 18-1185**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt die der Vorlage 18-1187 beigefügte zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Gewinnung von Frischfleisch (Frischfleisch-Kostensatzung) vom 06.06.2016."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 6: **Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG);
hier: Erste Änderungssatzung
Vorlage: 18-1203**

Herr Kreisbeigeordneter Krug erläuterte auf Fragen aus dem Ausschuss, über die Gebührenproblematik habe es Ende letzten Jahres und im Februar diesen Jahres Gespräche mit Flüchtlingshelfern und -initiativen gegeben und als Auswirkung der Satzungsänderung sei mit fiktiven Mindererträgen im sechsstelligen Bereich zu rechnen.

Herr Kreistagsabgeordneter Ruoff fragte, warum die Satzungsänderung rückwirkend zum 01.01.2019 und nicht schon zum 01.04.2018 beschlossen werden solle, und kündigte an, in der Kreistagssitzung die Überstellung des Punktes in Tagesordnung 2 beantragen zu wollen.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt die der Vorlage 18-1203 beigefügte erste Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Bergstraße über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) vom 12.03.2018."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen.

Punkt 7: **Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung)**
Vorlage: 18-1194

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst erachtete den Höchstbetrag für die Erstattung von Verdienstausfall für Ganztagsitzungen als zu niedrig.

Frau Erste Kreisbeigeordnete Stolz wies darauf hin, der festgelegte einheitliche Höchstbetrag pro Stunde sei im Vergleich der hessischen Landkreise im oberen Bereich.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag erlässt die der Vorlage 18-1194 im Entwurf beigefügte 'Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige (Entschädigungssatzung)'; gleichzeitig tritt die bisherige 'Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige in der Fassung vom 12.10.2015, geändert am 18.06.2018, außer Kraft."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung.

Punkt 8: **Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2017**
Vorlage: 18-1205

Herr Kreistagsabgeordneter Ruoff berichtete über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses in der Sitzung des Unterausschusses des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 12.03.2019.

Bei der getrennten Abstimmung über Buchstaben a und b des Beschlussvorschlags gab der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss folgende

Beschlussempfehlungen:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

"a) Nach dem Schlussbericht des Revisionsamtes zur Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2017 und nach den Feststellungen des Unterausschusses des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses hat sich die Führung der Haushaltswirtschaft durch den Kreisausschuss im Haushaltsjahr 2017 nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen gerichtet. Verstöße gegen die Grundsätze einer geordneten Haushaltsführung sind nicht festgestellt worden.

Der Kreistag nimmt den Schlussbericht des Revisionsamtes des Landkreises Bergstraße zur Kenntnis und beschließt den nach § 112 HGO erstellten Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2017.

- b) Dem Kreisausschuss wird gleichzeitig für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2017 gemäß § 52 Hessische Landkreisordnung in Verbindung mit § 114 Hessische Gemeindeordnung, in der jeweils gültigen Fassung, Entlastung erteilt."

Abstimmungsergebnisse:

Jeweils einstimmig.

Punkt 9: Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 18-1201

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 18-1201 mit der Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 Kenntnis genommen.

Ergänzend zur Genehmigung wurde, wie in der Sitzung des Ausschusses am 07.12.2019 angesprochen, die Liste der freiwilligen Leistungen im Haushaltsjahr 2019 verteilt.

Punkt 10: Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm
Vorlage: 18-1202

Die bevorstehende Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm wurde im Ausschuss als "historischer Moment" bezeichnet.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt, die Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm zu beantragen. Er beauftragt den Kreisausschuss, einen Antrag auf Feststellung des Ausgleichs des Ergebnishaushaltes sowie der Ergebnisrechnung im dritten aufeinanderfolgenden Jahr und Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm beim Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 11: Aufhebung eines Sperrvermerks in Höhe von 50.000 € beim Produkt 5051 im Haushaltsplan 2019
Vorlage: 18-1212**

Frau Petri und Frau Andiel stellten visualisiert durch Folien die Tätigkeit der Neuen Wohnraumhilfe Darmstadt gGmbH (NWH) in Darmstadt und im Kreis Groß-Gerau sowie ihr Serviceangebot für den Kreis Bergstraße vor.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erläuterte Herr Kreisbeigeordneter Krug, das Konzept für den Kreis sehe vor, dass die NWH den Service biete, die Kommunen das Mietrisiko übernehmen und der Kreis einen Zuschuss für den Service leiste. Details der Vereinbarung mit der NWH seien noch zu klären, wofür der Kreisausschuss zuständig sei. Nach Aufhebung des Sperrvermerks sei als nächster Schritt vorgesehen, die Zusammenarbeit mit den Kommunen abzustimmen.

Im Ausschuss moniert wurde die Vorstellung nur eines Konzepts, die Information zunächst der Medien und erst danach der Gremien, die Vorgehensweise mit der Aufhebung des Sperrvermerks als ersten Schritt sowie die nicht vorgesehene Einbindung des Kreistags bei der Vertragsgestaltung mit der NWH. Von einigen Ausschussmitgliedern wurde um Vertagung der Entscheidung des Kreistags gebeten, da die rechtlichen und finanziellen Bedingungen des Konzepts noch nicht bekannt seien.

Herr Kreisbeigeordneter Krug erklärte, mit dem Konzept der NWH werde das erfolgreiche Modell der Stadt Viernheim adaptiert. Den Wohnungssuchenden solle möglichst schnell geholfen werden können, deswegen solle in der anstehenden Kreistagssitzung über die Aufhebung des Sperrvermerks entschieden werden. Danach erfolgten die Abstimmungsgespräche mit den Kommunen über die Zusammenarbeit. Über den Sachstand werde er in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

Unter Einbeziehung der Zusage eines Sachstandsberichts in der nächsten Ausschusssitzung gab der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss folgende

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Sperrvermerk in Höhe von 50.000 € bei dem Produkt 5051 für die Gründung einer Wohnraumagentur im Haushaltsplan 2019 wird aufgehoben.

Der aktuelle Sachstand zur Umsetzung des Antrags wird in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses berichtet."

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen, 4 Neinstimmen.

Punkt 12: **Teilnahme am Entschuldungsprogramm Hessenkasse**
Vorlage: 18-0790/3

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 18-0790/3 Kenntnis genommen.

Punkt 13: **Sale-and-lease-back; Rückabwicklung der 2. Tranche**
Vorlage: 18-1196

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 18-1196 Kenntnis genommen.

Punkt 14: **Schadensfall "ehemalige Lighthouse-Immobilie"**
- Information über den aktuellen Sachstand gemäß
Beschluss des Kreistages vom 10.09.2018

Frau Erste Kreisbeigeordnete Stolz informierte über den Sachstand in der Angelegenheit.

Von der Versicherung des Kreises sei inzwischen ein Betrag von 150.000 € gezahlt worden. Der Kreis habe sich nun an das Land gewandt mit der Bitte um zumindest teilweise Erstattung des dem Kreis verbleibenden Schadensbetrags. Sobald die Antwort des Landes hierzu vorliege, könne der Vorgang abgeschlossen werden.

Auf Frage nach dem Sachstand der Strafanzeigen gegen die Verwaltungsspitze teilte Frau Erste Kreisbeigeordnete Stolz mit, bisher sei sie von der Staatsanwaltschaft in der Sache nicht kontaktiert worden. Diese Anzeigen hätten im Übrigen nichts mit dem voraussichtlich bald abgeschlossenen Verwaltungsvorgang zu tun.

Sie bat die Ausschussmitglieder, ihr eventuelle weitere Fragen in der Angelegenheit vor der nächsten Sitzung vorab mitzuteilen.

Punkt 15: **Tätigkeit des Ausschusses als Akteneinsichtsausschuss**
zur Kontrolle und Klärung der Vorgänge betreffend
Planung und Bau der Beobachtungsplattform Ost der
Weschnitzinsel bei Lorsch gemäß Beschluss des Kreis-
tags vom 10.09.2018

In Anbetracht der vorgerückten Zeit und der Tatsache, dass voraussichtlich in der anstehenden Kreistagssitzung eine Tätigkeit des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses als Akteneinsichtsausschuss in einer weiteren Angelegenheit beschlossen werde, schlug der Ausschussvorsitzende vor, den Punkt für die heutige Sitzung zurückzustellen und eine separate Sitzung des Ausschusses für die Tätigkeit als Akteneinsichtsausschuss in beiden Angelegenheiten anzuberaumen.

Es wurde vereinbart, den Sitzungstermin hierfür unter Berücksichtigung der Terminplanung des Landrats mit den Fraktionen bei der Kreistagssitzung abzustimmen.

Punkt 16: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Hierzu lag nichts vor.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kreistagsabgeordneter Roeder, schloss um 11:10 Uhr die Sitzung.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Roeder

gez. Schüßler

Ausschussvorsitzender

Schriftführerin